



Bedrohung indigener Völker durch den Naturschutz ■ Kurdische Autonomiebestrebungen in Nordsyrien: Aus Westkurdistan wurde Rojava ■ La Paz/Bolivien: mehrere Monate ohne Wasser ■ Frauenhandel und Zwangsprostitution in Deutschland und Europa ■ Interview: Menschenrechtsverletzungen an chinesischen Falun-Gong-Anhängern ■ Völkermord in Ruanda: Katholische Kirche gesteht Mitschuld ■ Rückblick: Tag der Menschenrechte 2016 in Tübingen

## Inhalt

Editorial .....	2
Bedrohung indigener Völker durch den Naturschutz: Im Paradies will man keine Menschen.....	3
Kurdische Autonomiebestrebungen in Nordsyrien: Aus Westkurdistan wurde Rojava.....	6
La Paz/Bolivien: mehrere Monate ohne Wasser .....	9
Frauenhandel und Zwangsprostitution in Deutschland und Europa.....	12
Interview: Menschenrechtsverletzungen an chinesischen Falungong-Anhängern.....	14
Völkermord in Ruanda: Katholische Kirche gesteht Mitschuld ....	18
Rückblick: Tag der Menschenrechte 2016 in Tübingen.....	19
Briefe gegen das Vergessen.....	21

## Impressum

ANKLAGEN ist kein offizielles Amnesty-Organ. ANKLAGEN wird vom Amnesty-Bezirk Tübingen herausgegeben. In einzelnen Beiträgen, insbesondere in namentlich gekennzeichneten, wird nicht immer die Meinung von Amnesty International vertreten.

ANKLAGEN erscheint 4-mal jährlich. Der Bezug ist kostenlos.

Redaktion:

Sabine Bouajaja, Amelie Burchardt, Marcel Conrad, Christian Eisenreich, Katharina Grimm, Christine Hämmerling, Felicia Klinger, Felicitas Mackert, Philipp Müntz, Faye Nowak, Christina Oberger, Eva Scheerer (ViSdP), [REDACTED]

Clara Schneiderhan, Heiderose

Schwarz, Laura Steinacher

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

07.02.2017

Auflage: 4.200

Druck: Druckerei Deile, Tübingen.

Titelbild: Bedrohte Baka, s. Artikel

Seite 3, Foto: Corinne Staley, flicker.com

Der Nachdruck aus ANKLAGEN ist ausdrücklich erwünscht. Wir bitten um Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren. Über Zuschriften und Beiträge freuen wir uns sehr.

Liebe Freunde,

es herrschte kollektives Entsetzen in Europa, als klar wurde, dass Donald Trump der neue Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika sein wird. Ein politisch unerfahrener Immobilien- und Medienmogul konnte mit Hassparolen auf fast alles, was nicht weiß, männlich und amerikanisch ist, eines der weltweit höchsten und mächtigsten politischen Ämter erlangen.

Die Einschätzungen der europäischen Presse lasen sich mitunter apodiktisch, etwa, dass die westliche Welt nicht mehr das sei, was sie einmal war. Eines wird jedenfalls immer wahrscheinlicher: Liberale, demokratische und konsensorientierte Strömungen konnten es in Zukunft deutlich schwerer haben, ihre Ziele gegen einen immer stärker werdenden Rechtspopulismus durchzusetzen. In den vergangenen Jahren sind in vielen EU-Mitgliedsstaaten sowie in Russland und der Türkei vielfältige rechte Strömungen erstarkt oder neu entstanden, die oft durch eine zentrale politische Führungsfigur vertreten werden. Einige von ihnen gewinnen mit haltlosen Versprechungen die Stimmen der Arbeiterschicht, die jedoch gemäß den Parteiprogrammen nur noch weiter benachteiligt wurde, wobei ethnische Minderheiten besonders große Benachteiligungen zu befürchten haben. Die ökonomisch schwerer gebeutelten südeuropäischen Staaten scheinen bislang weniger anfällig für diesen Trend zu sein.

Dabei ist „Rechtspopulismus“ ein unscharfes und schwammiges, ja fast euphemistisches Label. Auch Angela Merkels opportunistischer Politikstil der „marktkonformen Demokratie“ trägt eindeutig populistische Züge. Und aller Sozialdemokratisierung ihrer Partei zum Trotz ist die CDU eine politische Kraft rechts der Mitte, was viele der in den vergangenen drei Legislaturperioden durchgesetzten Gesetzesinitiativen immer wieder zeigten. Darunter das Betreuungsgeld („Herdprämie“), die Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung, Austeritätspolitik und Bankenrettung während der Finanzkrise und nicht zuletzt die umfangreichen Einschränkungen des Asylrechts im Rahmen der sogenannten „Asylpakete“ und bezüglich „sicherer Herkunftsstaaten“.

Ist Trump also ein Rechtspopulist? Auf Grundlage seines Wahlkampfes und seiner Wahlversprechen bietet sich hier eher die Bezeichnung „Faschist“ an, wie es etwa der US-amerikanische Soziologe Richard Sennett vorschlug. Der neue deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nannte ihn seinerzeit als Bundesaußenminister einen „Hassprediger“. Viele von Trumps Mitarbeitern und Kabinettsmitgliedern werden ähnlich eingeschätzt und seine ersten Wochen im Amt bestätigen diesen Eindruck. Fest steht, dass die Menschenrechte auch in der „westlichen“ Welt zunehmend bedroht sind, wenn Rechtspopulisten, Faschisten und Hassprediger regieren. Frauen, Andersdenkende, Angehörige sexueller und ethnischer Minderheiten, des Islams oder des Judentums, Menschen mit Behinderung – sie alle dienen als Projektionsfläche für den Hass der neuen rechten Strömungen und sind dadurch ernsthaft in Gefahr. Damit Menschenrechtsverletzungen nicht bald auch bei uns auf der Tagesordnung stehen, ist weiterhin unser aller Engagement gefragt, und zwar auch vor der eigenen Haustür.

Ihr Philipp Müntz

ANKLAGEN im Internet:

Online-Ausgabe: [www.anklagen.de](http://www.anklagen.de)

E-Mail: [info@anklagen.de](mailto:info@anklagen.de)

**Sie finden das Amnesty-Büro** in der

Wilhelmstr. 105 (im Glasanbau, Untergeschoss), 72074 Tübingen,

Internet: [www.ai-tuebingen.de](http://www.ai-tuebingen.de)

**Beratungstermine für Interessenten:**

donnerstags um 20 Uhr (während des Semesters)

Es kann auch per E-Mail ein Termin vereinbart werden:

[hsg@ai-tuebingen.de](mailto:hsg@ai-tuebingen.de)

# Im Paradies will man keine Menschen

Klimawandel, Rodung der Regenwälder, Wilderei. Dazu eine exponentiell wachsende Weltbevölkerung und die ungebremste Nachfrage nach Rohstoffen und fossilen Energieträgern. Die Liste der Bedrohungen für die Ökosysteme unserer Erde ist lang und entmutigend. Darum gibt es im internationalen Naturschutz auch kein Pardon. Selbst dann nicht, wenn durch die Gründung von Schutzgebieten die Lebensgrundlage indigener Völker vernichtet wird.

Jedes Jahr ziehen Biologen aus, um in abgelegenen Regionen der Welt nach neuen Tier- und Pflanzenarten zu suchen und so den globalen Artenreichtum zu dokumentieren. Die tropischen Regenwälder Amerikas, Afrikas und Asiens sind hierbei die erfolgversprechendsten Forschungsgebiete. Sie bedecken nur etwa 6% der Erdoberfläche, beherbergen aber nach Schätzungen die Hälfte bis zwei Drittel aller Arten des Planeten. Davon ist nur ein winziger Bruchteil bekannt, doch die Zahl wächst: Zwischen 15.000 und 17.000 Arten werden pro Jahr neu beschrieben. Hauptsächlich wirbellose Tiere und Pilze, davon der überwiegende Teil in den Tropen.

Naturforscher, die sich in Khaki gekleidet und mit Keschern bewaffnet durchs Unterholz kämpfen: Was an ein buntes Treiben aus längst vergangener Zeit erinnert, ist in Wirklichkeit ein Wettlauf gegen die Zeit – und einen mächtigen Gegner: uns selbst, den Menschen. Jährlich gehen mehrere Millionen Hektar Regenwald verloren, hauptsächlich durch illegalen Holzeinschlag, dem auf den ohnehin frei gewordenen Flächen Ackerbau oder Viehzucht folgen. Und das hat dramatische Auswirkungen. Nach einer Studie, die 2014 im Fachmagazin *Science*<sup>1</sup> veröffentlicht wurde, sterben jährlich zwischen 11.000 und 58.000 Tierarten aus.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die großen Naturschutzorganisationen alle Hebel in Bewegung setzen, um vom Menschen unberührte Regenwälder unter Schutz zu stellen und der wirtschaftlichen Ausbeutung zu entziehen. Aber nicht nur Waldrodung und Landwirtschaft werden so aus

diesen wertvollen Ökosystemen verbannt. Der Mensch als solcher soll in der Regel nur noch als zahlender Tourist Zugang haben. Doch genau hier treffen wir auf ein Problem: Die Urwälder der Tropen sind nicht menschenleer.

## Die letzten ihrer Art

Was in der Darstellung tropischer Regenwälder gern übergangen wird, ist die Tatsache, dass in allen Regionen der Erde auch Menschen zu den Bewohnern dieser Lebensräume gehören. Wir fassen sie generell unter dem Begriff „indigene Völker“ zusammen, wobei auch oft von „Ureinwohnern“ oder salopp „Naturvölkern“ die Rede ist. So verschieden diese auch sind, gemein ist ihnen eine traditionelle Wirtschaftsweise und ein starker Bezug zu dem Land, auf dem – und von dem – sie seit Generationen leben. Einige indigene Völker der Tropen, wie zum Beispiel die „Pygmäen“<sup>2</sup> Zentralafrikas, leben traditionell vom Jagen und Sammeln, während andere Gruppen zusätzlich Feldfrüchte in einer Art Gartenbau kultivieren.

Die Existenz indigener Völker in den Tropen ist seit der Ankunft europäischer Siedler durch Missionierung, Vertreibung, Epidemien und die Zerstörung ihres Lebensraumes bedroht. In den Weiten der Urwälder konnten dennoch einige Völker bis heute überleben und ihre traditionelle Lebensweise bewahren, was in weniger abgeschiedenen Teilen der Erde kaum mehr möglich ist. Doch gerade diese „Nischen“, um in einer ökologischen Terminologie zu bleiben, werden ihnen zunehmend streitig gemacht. Mit dem rasanten Verschwinden intakter Re-

genwälder gewinnen die unberührten Gebiete nicht nur für Wirtschaftsunternehmen, sondern auch für den Naturschutz immens an Bedeutung.

## Der WWF und die Baka in Kamerun

Der aktuelle Fall der Baka in Kamerun steht beispielhaft für die Missachtung der Rechte indigener Völker, auf deren angestammtem Land Schutzgebiete eingerichtet werden. Die Baka sind ein Volk der „Pygmäen“ und leben als Jäger und Sammler in den Regenwäldern des westlichen Kongobeckens. Berichten zufolge, die maßgeblich auf die Arbeit der Menschenrechtsorganisation Survival International (SI) zurückgehen, werden Angehörige der Baka seit den frühen 2000er Jahren von Wildhütern angegriffen, geschlagen und teils ermordet. Hintergrund ist die Gründung mehrerer Schutzgebiete und die Vergabe von Land an Jagdsafari-Unternehmen durch die Regierung Kameruns. Rechtlich gesehen dürfen die Baka die Wälder zwar betreten, sie werden jedoch von den Wildhütern daran gehindert, ihre traditionelle Lebensweise fortzuführen.

Der World Wildlife Fund (WWF) hat sich stark für die Einrichtung der Schutzgebiete eingesetzt und finanziert seit 2000 die Anti-Wilderei-Einheiten, die in den Gebieten auch gegen die Baka vorgehen. SI zufolge trägt der WWF somit eine Mitverantwortung für die Menschenrechtsverletzungen, was dieser aber seit mehr als 15 Jahren bestreitet. Glaubt man dem WWF, werden große Anstrengungen unternommen, die indigenen Gemeinschaften,

die von Naturschutzprojekten betroffen sind, in die Pläne einzubeziehen. Dagegen stehen die Aussagen dutzender Baka selbst, die nicht nur durch die Wildhüter drangsaliert werden, sondern auf deren Land mittlerweile auch vom WWF beratene Holzunternehmen arbeiten, ohne dass die Indigenen je konsultiert wurden.

Das Ergebnis der jahrelangen Vertreibungen und Einschüchterungen ist, dass viele Baka mittlerweile ihrer Existenzgrundlage beraubt sind. Berichten zufolge trauen sie sich nicht mehr in die Wälder und schlagen sich teils als Tagelöhner durch. Die Bezahlung besteht aus ein paar Glä-

nuar 2017 ist ein interner Bericht öffentlich gemacht worden, in dem der WWF zugibt, von den Verhandlungen der Baka gewusst zu haben. Es finden sich sogar Angaben, dass die Baka „nicht konsultiert wurden, sondern ihr Land ohne ihre Zustimmung als Nationalparks umgewandelt vorgefunden haben“<sup>3</sup>. In der offiziellen Stellungnahme zur Einleitung der Untersuchungen im Dezember 2016 schreibt der WWF trotzdem: „Alle Aktivitäten des WWF in den Projektgebieten werden auf die Rechte und Belange der Indigenen abgestimmt“. Nun ist zu hoffen, dass die offiziellen Untersuchungen den WWF endgültig dazu

den die untersten sozialen Schichten einer Gesellschaft, die nicht die ihre ist.

Wohin das rücksichtslose Wettrennen um Ressourcen und Naturschutzgebiete führen kann, zeigt die heutige Situation der Batwa-, Pygmäen“, die einst in den Bergwäldern Ruandas, Burundis, Ugandas und der Demokratischen Republik Kongo lebten. Nachdem ihr Siedlungsgebiet durch Rodungen und den sich ausbreitenden Ackerbau in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ohnehin stark geschrumpft war, wurden sie durch die Etablierung mehrerer Schutzgebiete endgültig aus den Wäldern vertrieben. Eines der prominentesten Beispiele sind die Nationalparks der Virunga-Vulkane und des Bwindi-Walds im Grenzgebiet zwischen der DR Kongo, Ruanda und Uganda, in denen die letzten Berggorillas leben. Nicht zuletzt ist es auch auf die Unnachsichtigkeit der berühmten Primatenforscherin Dian Fossey zurückzuführen, dass die Jäger und Sammler der Bergregenwälder nie in die Naturschutzpläne einbezogen wurden. Auf ihr Betreiben verboten die Regierungen das Jagen und Sammeln in den Nationalparks, woraufhin man die Batwa letztlich zwangsumsiedelte. Heute bilden sie Minderheiten, die sich wie viele Indigene mit Rassismus, Ausgrenzung und beschränktem Zugang zu Bildung und Arbeit konfrontiert sehen.

Ein ähnliches Schicksal versuchen die Ogiek momentan abzuwenden, die im kenianischen Mau-Wald und am Mount Elgon an der Grenze zu Uganda beheimatet sind. Seit mittlerweile knapp 40 Jahren ziehen Siedler in den Mau-Wald und holzen ihn ab, um Felder anzulegen. Das hat schwerwiegende ökologische Folgen, da der Mau-Wald für Niederschläge im ostafrikanischen Tiefland sorgt und auch den Mara speist, der durch Tansania und die Serengeti in den Viktoriasee fließt. Laut WWF führt der Mara heute etwa 60% weniger Wasser als noch in den 1970er Jahren. Darum hat die kenianische Regierung 2009 be-



*Diese Baka-Frau erzählte Survival International, dass sie und ihr Mann von Wildhütern geschlagen wurden, während sie 2012 im Wald Obst sammelten.*

© Survival International

sern Schnaps – was einem gelegen kommt, wenn man keinen anderen Ausweg aus seiner Situation mehr sieht, als seine Sorgen in Alkohol zu ertränken. Angesichts dieser Entwicklungen hat SI im Februar 2016 eine Beschwerde bei der nationalen Kontaktstelle der OECD in der Schweiz eingereicht, um offizielle Untersuchungen im Fall der Baka zu erreichen – mit erstem Erfolg, denn im Dezember entschied die OECD, die Untersuchungen einzuleiten.

Zu welchem Ergebnis die OECD kommt, muss abgewartet werden. Den neuesten Entwicklungen zufolge scheinen sich die Vorwürfe gegen den WWF aber zu erhärten. Im Ja-

bringen, seine Strategie in Kamerun zu überdenken und die Baka in ein nachhaltiges Waldschutzkonzept einzubeziehen.

### Kein Einzelfall

Die Baka sind mit ihrem Schicksal nicht allein, denn seit Jahrzehnten werden indigene Völker von ihrem angestammten Land vertrieben, oder, wie es von Regierungen und Naturschutzorganisationen genannt wird, umgesiedelt. Dabei werden die Indigenen oft zur Sesshaftigkeit gezwungen, verlieren jegliche Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben gemäß ihrer Kultur zu führen, und bil-

schlossen, den Mau-Wald unter Schutz zu stellen, aber auch die Ogiek aus dem Wald zu verbannen. Die Jäger und Sammler beschlossen umgehend, sich gegen diese Pläne zu wehren und sich einer Zwangsumsiedlung entgegenzustellen. Seitdem werden die Ogiek angegriffen, ihre Häuser niedergebrannt und diejenigen inhaftiert, die sich gegen die Angriffe wehren. Daran beteiligt sind nicht nur Siedler, sondern auch Regierungsbeamte, die den Beschluss zur Umsiedlung gewaltsam durchsetzen wollen.

Um ihre Lebensgrundlage und damit ihre kulturellen Wurzeln nicht vollends zu verlieren, haben die Ogiek den Fall mithilfe mehrerer Nichtregierungsorganisationen vor den Afrikanischen Gerichtshof für Menschenrechte und die Rechte der Völker gebracht. In einem wichtigen Zwischenurteil von 2013 heißt es, die kenianische Regierung dürfe die Indigenen nicht aus dem Mau-Wald vertreiben. Ungeachtet dessen gingen die Angriffe auf Siedlungen der Ogiek aber weiter, auch von Seiten der Regierung, die das Urteil schlicht ignoriert. Bis heute ist der Ausgang des Verfahrens also offen, vor allem, weil die Regierung Kenias nicht gezwungen werden kann, die Umsiedlung der Ogiek zu unterlassen. Trotz weiterer Gerichtsurteile von 2014, die den Anspruch der Ogiek auf ihr angestammtes Land, auch am Mount Elgon, bestätigen, hören die Angriffe auf ihr Siedlungsgebiet nicht auf. Dass die Gerichtsurteile die kenianische Regierung tatsächlich zum Umdenken bringen, bleibt somit zweifelhaft.

## Eine verstaubte Ideologie

Angesichts solcher frustrierenden Beispiele, die beileibe nicht auf Afrika beschränkt sind, stellt sich die grundsätzliche Frage, warum der Naturschutzgedanke die Indigenen aus jedwedem Konzept ausschließt. Menschliche Einflüsse aus bedrohten Ökosystemen gänzlich zu verbannen, scheint auf den ersten Blick nachvollziehbar und konsequent.

Dass korrupte Regierungen – wie das Beispiel des Mau-Waldes in Kenia zeigt – dabei in höchstem Maße verbrecherisch vorgehen, mag zunächst wenig verwundern. Dem Muster, demzufolge Waldrodungen von korrupten Beamten gebilligt, die Indigenen jedoch als feindlich einstuft werden, liegt im Wesentlichen ein tiefsitzender Rassismus und ein zivilisatorisches Überlegenheitsgefühl zugrunde. Dass aber auch weltweit anerkannte Naturschutzorganisationen wie der WWF seit Jahrzehnten die Rechte von Indigenen missachten, scheint nicht einfach auf die gleichen Grundmuster rückführbar zu sein.

Ein Artikel des amerikanischen Anthropologen Mac Chapin aus dem Jahr 2004 beschreibt eindrücklich, wie die drei weltgrößten Naturschutzorganisationen WWF, The Nature Conservancy und Conservation International rechtfertigen, warum indigenen Völkern in ihren Programmen kein Mitspracherecht eingeräumt wird<sup>4</sup>. Neben einigen fehlgeschlagenen Versuchen, Indigene in die Projektplanung einzubeziehen, dominieren zwei wesentliche Faktoren: Zum einen wird der Wettbewerb um Gelder für Naturschutzprojekte so hart geführt, dass sich die großen Organisationen kaum erlauben können, es sich mit multinationalen Konzernen und Regierungen zu verscherzen. Zum anderen dominiert unter vielen Aktivisten der Grundgedanke, Naturschutz einzig und allein auf Basis naturwissenschaftlicher Erkenntnisse durchzuführen. Und hier stoßen wir auf ein regelrechtes Dogma, welches im 21. Jahrhundert irrsinniger kaum sein könnte.

Von Natur aus, könnte man ironischerweise sagen, schließen die Biologie und ihre verwandten Disziplinen den Menschen aus ihrem Forschungsgebiet aus. Der Mensch und die Natur – Geisteswissenschaften und Naturwissenschaften. Diese Trennung scheint so alt wie die Wissenschaft selbst. Das Paradoxe daran ist, dass es ja gerade die Naturwissenschaften sind, die den Men-

schen zurück in die Natur geholt haben und die Evolutionstheorie bis in das letzte Klassenzimmer hineinbrachten. Dass daraus die Erkenntnis erwächst, die strikte Trennung von Mensch und Natur sei überholt, ist bisher allerdings eine naive Hoffnung. Nicht nur Anthropologen wie Mac Chapin sprechen sich daher für einen Naturschutz aus, der indigene Völker konsequent in seine Strategie einbindet. Momentan betreibt SI eine ganze Kampagne mit dem Namen „Indigener Naturschutz“. Die Grundforderung, und diese könnte dem Naturschutzgedanken eine ganz neue Richtung verleihen, besteht darin, die Präsenz und das immense Wissen der Indigenen für den Schutz der Ökosysteme zu nutzen, in denen sie leben. Das wäre nichts Geringeres als ein Schulterchluss zwischen der Verteidigung der Menschenrechte und dem Kampf gegen die Zerstörung unserer Umwelt. Dass wir momentan von solch einem Szenario weit entfernt sind, zeigt der aktuelle Streit zwischen SI und dem WWF, dem man zahlreiche weitere Beispiele anfügen könnte. So bleibt nur zu hoffen, dass der Widerstand gegen die Missachtung von Menschenrechten im Naturschutz einen langen Atem hat und trotzdem für die Betroffenen zu Lösungen führt, bevor es zu spät ist.

*Alexander Weide*

<sup>1</sup> Dirzo et al. (2014) *Defamation in the Anthropocene*. *Science* 345(6195), 401-406.

<sup>2</sup> Unter dem Begriff „Pygmäen“ werden die indigenen Völker Zentralafrikas zusammengefasst. Der Begriff gilt als abwertend, wird von einigen Völkern aber selbst verwendet. Eine alternative Sammelbezeichnung gibt es nicht.

<sup>3</sup> Der Bericht liegt SI vor und kann angefordert werden:

<http://assets.survivalinternational.org/documents/1611/wmf-leaked-reportger.pdf>

<sup>4</sup> Chapin (2004) *A challenge to conservationists*. *World Watch* 17(6), 17-31.

## Aus Westkurdistan wurde Rojava

Mit Ausrufung der „Föderation Nordsyrien – Rojava“ entstand mitten im syrischen Bürgerkrieg eine demokratisch-autonome Selbstverwaltung unter kurdischer Führung. Keine der Kriegsparteien unterstützt dieses Experiment. Anhaltende Kämpfe, Handelsbeschränkungen sowie Menschenrechtsverletzungen machen die Lage unübersichtlich.

Am 17. März 2016 unterzeichneten rund 200 Delegierte kurdischer, arabischer, assyrischer, aramäischer, chaldäischer, turkmenischer und tschetschenischer Abstammung eine Erklärung, mit der sie die „Föderation Nordsyrien – Rojava“ (Aussprache: [roʒaːˈva]) ausriefen. Im primär kurdisch geprägten Norden Syriens bedeutete das keinen völligen Neubeginn, sondern vielmehr die Bestätigung der Entwicklungen der vorangegangenen Jahre.

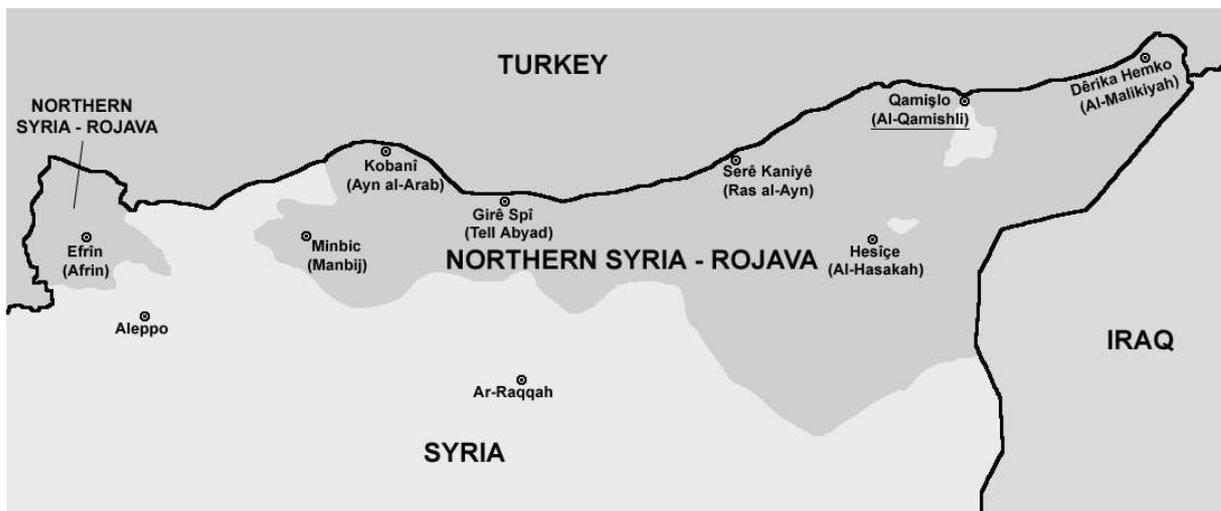
Die Bevölkerung begann im Juli 2012 mit der Besetzung staatlicher Einrichtungen, seit 2013 werden die Regionen entlang der Grenze zur Türkei in regionaler Selbstverwaltung regiert, nachdem das Assad-Regime seine Sicherheitskräfte abgezogen hatte. Im Januar 2014 wurde ein Gesellschaftsvertrag für Rojava verabschiedet und die demokratische autonome Selbstverwaltung etabliert, mit der die Inhalte des Gesellschaftsvertrags umgesetzt werden sollen. Treibende Kraft hinter dieser Entwicklung ist die Partei der Demokratischen Union (kurdisch: Par-

tiya Yekitiya Demokrat, kurz: PYD), die als syrischer Ableger der türkisch-kurdischen Partei PKK gilt. Sie wird unterstützt von der christlichen Suryoye-Einheitspartei sowie mehreren Kleinparteien.

Die Föderation Rojava (vormals auch als Westkurdistan oder Syrisch-Kurdistan bezeichnet) setzt sich zusammen aus den Kantonen Efrîn, Kobanê und Cizîrê, in letzterem liegt die Hauptstadt Qamişlo (auch: Qamischli, al-Qamishli). Die derzeitige Einwohnerzahl Rojavas wird auf über vier Millionen geschätzt, davon mindestens eine Million syrische Binnenmigranten und weitere Flüchtlinge, die erst im Verlauf des Bürgerkriegs in die Region kamen. Die seit 2014 bestehende PYD-Übergangsregierung wurde mit Ausrufung der Föderation durch einen demokratischen Konföderalismus abgelöst, basierend auf Ideen des früheren PKK-Anführers Abdullah Öcalan. Seit 2002 verbüßt dieser eine lebenslange Haftstrafe in der Türkei, 2005 veröffentlichte er seine „Erklärung des demokratischen

Konföderalismus in Kurdistan“, mit der er die PKK zu einer ideologischen Kehrtwende aufforderte.

Die Erklärung war maßgeblich inspiriert von Arbeiten des libertären, amerikanischen Theoretikers Murray Bookchin und fand nun in einigen wesentlichen Punkten Einzug in den Gesellschaftsvertrag Rojavas. Dieser soll die Grundlage für eine multiethnische und multireligiöse, basisdemokratisch und kommunalistisch organisierte Selbstverwaltung bilden. Er richtet sich gegen ein autoritäres Zentralstaatmodell, ist nicht nationalistisch und sieht keinen Präsidenten vor. Im Zentrum steht eine pyramidenförmige Rätestruktur mit dem Gesetzgebenden Rat an der Spitze, darunter der Exekutivrat, der Hohe Wahlausschuss und das Hohe Verfassungsgericht, Regionalräte, Gebietsräte, Stadt-/Stadtteilräte und die Kommunen. Der gesetzgebende Prozess geht dabei von unten, von den Kommunen aus, deren Plenen von zwei Ko-Vorsitzenden koordiniert werden. Daneben besteht ein Parlament, das



Die De-facto-Grenzen der Föderation Nordsyrien-Rojava im Oktober 2016

Quelle: commons.wikimedia.org

den nicht an den Räten beteiligten Minderheiten eine Stimme geben soll. Ökologie und Feminismus sind zwei wesentliche ideologische Eckpfeiler Rojavas, so ist etwa für alle Räte sowie für die Verwaltung ein Frauenanteil von 40 Prozent vorgesehen.

## Modell für ganz Syrien

Mit diesem Aufbau und dieser Ausrichtung unterscheidet sich Rojava ganz massiv von seinen Anrainerstaaten sowie sämtlichen Kriegsparteien im syrischen Bürgerkrieg. Dabei lautet das übergeordnete Ziel nicht Separatismus im Sinne der Errichtung eines eigenen Staates. Vielmehr will Rojava ein Modell für die Region sein und strebt eine demokratisch-autonome, föderal strukturierte Verwaltung ganz Syriens an. Weder das Assad-Regime noch die syrische Opposition unterstützen dieses Vorhaben. Auch die USA, Russland und vor allem die Türkei stehen den Autonomiebestrebungen prinzipiell negativ entgegen, wobei Rojava diplomatische Vertretungen in Moskau, Stockholm, Berlin und Paris betreibt. Dass es überhaupt so weit kommen konnte, hängt auch damit zusammen, dass die Kurden in Nordsyrien auf Drängen der Türkei und Saudi-Arabiens hin nicht an den Genfer Friedenskonferenzen teilnehmen durften. Das derzeitige Territorium Rojavas geht freilich nicht auf diplomatische Bestrebungen zurück, sondern ist das Ergebnis von Kämpfen der sogenannten Volksverteidigungseinheiten (kurdisch: Yekîneyên Parastina Gel, kurz: YPG). Diese Milizen betonen zwar ihre Unabhängigkeit, fungieren jedoch de facto als der verlängerte Arm der PYD und damit als Armee Rojavas.

Der strategisch günstig gelegene Kanton Kobanê an der Grenze zur Türkei war mehrmals Schauplatz von schweren Kämpfen zwischen der YPG und dem Islamischen Staat (IS). Unterstützt von US-amerikanischen und russischen Luftangriffen

sowie den Peschmerga-Milizen aus der Autonomen Region Kurdistan im Irak konnte der IS zurückgedrängt werden. Eine Besonderheit der YPG-Milizen ist deren sehr hoher Frauenanteil von 30 bis 40 Prozent. Dies steht der radikalen Ideologie des IS grundlegend entgegen – unter anderem kommen demnach IS-Terroristen, die von einer Frau erschossen werden, nicht ins Paradies. Dies führte immer wieder zu Irritationen und Glaubenskonflikten seitens der IS-Truppen und scheint deren Hass gegen Frauen zu verstärken. Bekannt wurde der Fall von Arin Mirkan (ihr bürgerlicher Name lautete Dilar Genxemîs), die im Oktober 2014 in der Nähe von Kobanê das erste Selbstmordattentat einer kurdischen Kämpferin im syrischen Bürgerkrieg verübt haben soll und damit mehrere IS-Kämpfer tötete.

Das Territorium Rojavas ist innerhalb Syriens vor allem durch den IS bedroht, im Westen auch durch die Dschabhat Fatah asch-Scham (ehemals „al-Nusra-Front“). Im Nordosten kontrolliert der kurdische Stammesführer der Autonomen Region Kurdistan, Masud Barzani, den einzigen Grenzübergang zum Irak. Auf die Entwicklungen in Nordsyrien reagierte er wiederholt mit Handelsbeschränkungen für Lebensmittel von und nach Rojava. Generell unterbunden wird an diesem Übergang die Ausfuhr von Weizen – einem der wichtigsten Exportgüter Rojavas. Journalisten wird die Einreise nach Rojava verwehrt. Auch dem reaktionären Barzani-Clan ist die Entstehung einer autonomen Demokratie in unmittelbarer Nachbarschaft ein Dorn im Auge.

Einer der größten politischen Gegner Rojavas ist jedoch zweifelsohne der türkische Präsident Er-



*Kämpfer der sogenannten Volksverteidigungseinheiten (YPG)*

*Quelle: Kurdishstruggle via flickr.com*

doğan. Seit August 2016 finden direkte Kampfhandlungen zwischen dem türkischen Militär und der YPG statt. Die Rolle der Türkei ist äußerst ambivalent. Zwar verfolgt Erdoğan das Ziel, den IS aus der Grenzregion fernzuhalten und die territoriale Integrität Syriens zu gewährleisten. Allerdings verletzt er gerade durch den Einmarsch seiner Truppen in Nordsyrien im Zuge der jüngsten Militäroffensive die syrische Souveränität und damit das Völkerrecht. Im Kampf um Ko-

banê agierte er hingegen mit äußerster Zurückhaltung, nachdem seine Forderung nach Beendigung der Autonomiebestrebungen und Auflösung des Selbstverwaltungsmodells als Gegenleistung für militärische Hilfe unerhört blieb. Die YPG gilt mittlerweile als eine der wichtigsten Verbündeten der USA und anderer westlicher Staaten im Krieg gegen den IS und wird zusätzlich auch von Russland unterstützt.

Ein Problem ist, dass die PYD ein zusammenhängendes Territorium zwischen den drei Kantonen Efrîn, Kobanê und Cizîrê für sich beansprucht. Die zersplitterte Lage der Kurdengebiete in Syrien ist Resultat der jahrzehntelangen Diskriminierung und Zurückdrängung der Kurden unter Assad. Während das Gebiet des Kantons Cizîrê relativ stabil ist – wobei die syrische Zentralregierung strategisch wichtige Punkte wie den Flughafen von Qamişlo oder den Grenzübergang zur Türkei weiterhin kontrolliert –, ist Efrîn im Westen territorial nicht mit Kobanê verbunden. Das von der PYD beanspruchte Territorium umfasst auch überwiegend arabisch besiedelte Gebiete, was bei der dortigen, arabisch-sunnitischen Mehrheit auf Widerstand stößt. Teilweise bildeten sich arabische Enklaven.

Die angespannte territoriale Lage mit anhaltenden Kämpfen macht den Aufbau der demokratisch-autonomen Selbstverwaltung nicht einfacher. Rojava ist umringt von militärischen, ideologischen und religiösen Gegnern. Die USA, Russland und die Autonome Region Kurdistan im Irak gehen zwar teilweise militärische Allianzen mit der YPG ein, diese dienen jedoch ausschließlich der Bekämpfung des IS. Die Infrastruktur ist in schlechtem Zustand, oft durch Kriegszerstörungen, insbesondere um Kobanê, aber auch durch Vernachlässigung zuvor durch das Assad-Regime. Die genossenschaftliche Wirtschaft Rojawas folgt dem Prinzip des „Privateigentums durch Gebrauch“, wodurch Besitz in

den Dienst aller Bürger gestellt wird. Anstelle von Steuern erzielt die Wirtschaft ihre Einnahmen vor allem durch Zölle aus dem Verkauf von Erdöl oder Agrargütern. Ein Handelsembargo der Türkei und der durch Barzani kontrollierte Grenzübergang in Richtung Irak macht

zur Religionsfreiheit und zum Verbot der Todesstrafe, zudem zur Einhaltung zentraler Kinderrechte, der Presse- und Meinungsfreiheit sowie zur Förderung der kurdischen Sprache. Trotzdem wurden mehrmals Vorwürfe gegen Rojava erhoben. Human Rights Watch (HRW) be-

richtete nach einem Besuch im Februar 2014 von willkürlichen Festnahmen und Inhaftierungen politischer Gegner, Misshandlungen von Häftlingen und offensichtlich politisch motivierten Fällen von Entführung und Mord. Ein weiterer, schwerer Vorwurf betrifft die gezielte Rekrutierung von Minderjährigen für militärische Einsätze. HRW forderte die PYD-Behörden auf, Minderjährige nicht mehr als Kämpfer und an Kontrollposten einzusetzen. Daraufhin ließ die PYD 149 Kindersoldaten demobilisieren und versprach, den Einsatz Minderjähriger an Kämpfen künftig zu verhindern. Auch Amnesty International erhob schwere Vorwürfe. Die YPG-Milizen sollen komplette Dörfer zerstört haben, die von Ara-

bern bewohnt wurden, die IS-Kämpfern Unterschlupf gewährt hatten. Im Februar 2015 wurden die Bewohner von zehn Ortschaften vertrieben. Binnenvertriebene aus der Stadt Suluk sollen nach Rückzug der IS-Truppen von der YPG daran gehindert worden sein, in ihre Häuser zurückzukehren. Es bleibt abzuwarten, wie sich die derzeitige Situation mit territorialen Ansprüchen Rojawas, der eingekesselten Lage in Nordsyrien und dem großen kurdischen Übergewicht in der Gesellschaft in Zukunft entwickelt.



*Solidaritätsbekundungen der linksautonomen Szene in Deutschland*

*Foto: Philipp Münt*

die Region abhängig von der syrischen Zentralregierung. Sie bezahlt weiterhin Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung und Lehrer. Immer mehr Menschen fliehen aus Nordsyrien, weil sich das alltägliche Leben äußerst schwierig gestaltet.

### **Schwere Menschenrechtsverletzungen**

Rojava verpflichtet sich zwar im Gesellschaftsvertrag zur Einhaltung der Menschenrechte, insbesondere zur Gleichberechtigung der Frau,

# Nationaler Notstand: mehrere Monate ohne Wasser

Über die Autorin und das Land: Laura Steinacher, 23, studiert an der Universität Tübingen Soziologie und Jura. Von Mitte September bis Anfang Februar absolvierte sie ihr Praxissemester bei einer NGO in La Paz.

La Paz ist eine Millionenstadt in den Anden Boliviens, des ärmsten Lands in Südamerika. Die Reichen wohnen im niedriger gelegenen Süden der Stadt, die Armen in der deutlich höher gelegenen und dichter besiedelten Arbeitersiedlung El Alto. Die Stadt erstreckt sich von 3.200 bis 4.100 Metern über dem Meeresspiegel. Entsprechend ist das Klima hier gemäßigt kühl. In der Trockenzeit von Mai bis Oktober ist es sehr trocken, von Dezember bis März herrscht dagegen Regenzeit.

Seit Anfang November 2016 machen sich Klimawandel und Missmanagement der bolivianischen Regierung deutlich bemerkbar. Große Teile von La Paz, einer Millionenstadt in den bolivianischen Anden, waren plötzlich ohne Wasser. Die Bevölkerung erfuhr erst nach und nach von den Details der Wasserkrise. Zunächst sollten es nur ein paar Tage ohne Wasser sein. Bis Präsident Evo Morales erklärte, dass kein Ende der Situation in Sicht sei und man sich auf das Schlimmste einstellen müsse: den nationalen Notstand.

Erst daraufhin kippte Mitte November die Stimmung: Massenproteste, die Menschen horten Trinkwasser und Lebensmittel; dazu die Angst vor Stromausfällen, schließlich hängt die Energieversorgung mit dem Wassersystem zusammen. Bereits im Jahr 2000 gab es in der bolivianischen Stadt Cochabamba einen sogenannten Wasserkrieg, doch die derzeitige Wasserkrise in La Paz nimmt völlig andere Dimen-

sionen an: Monatelang müssen die Bewohner der Millionenstadt zum Teil völlig ohne Leitungswasser auskommen, in bestimmten Randbezirken fließt nur einmal pro Woche für wenige Stunden Wasser aus den Leitungen und meistens dann, wenn der Großteil der Bevölkerung arbeiten geht, oder mitten in der Nacht.

## Wasser – ein ständig benötigtes Gut

Erst, wenn es nicht mehr fließt, merken wir, wofür wir Wasser brauchen: zum Duschen, Toilette Spülen, Händewaschen, Kochen, Abspülen, Wäschewaschen, Putzen... Es gilt, kreativ zu sein: Regenwasser sammeln, Rinnen bauen und selbst konstruierte Gefälle mit zahlreichen Tonnen und Eimern. „Es regnet!“ – keine andere Nachricht haben sich die Bürger von La Paz seit November sehnlicher gewünscht. Auch wenn diese Nachricht oft Stress pur bedeutet, denn das Wasser muss sofort aus den Eimern in den Toiletten-Spülkasten oder leere Flaschen umgefüllt werden, um die Kübel erneut zu füllen. Immerhin: Dank des Regens können alle drei bis vier Tage die Toiletten gespült werden. Abgekocht geht es auch zum Geschirrspülen, höchstens zwei Liter für den täglichen Abwasch. Sowiesso nutzen viele Bewohner Tassen und Glä-

ser über mehrere Tage hinweg. Für die tägliche Hygiene gilt es ebenfalls, kreativ zu sein: Feuchttücher, Baby puder gegen fettige Haare, Desinfektionsgel und Deo werden seit Beginn der Wasserkrise in den Supermärkten in Massenpackungen angeboten. Feuchttücher dienen oft nicht nur für die Körperhygiene, vielmals sind sie auch die einzige Möglichkeit, Tisch, Herd und Küchenoberflächen zu putzen. Der städtische Plan, wonach unterschiedliche Bezirke jeden dritten Tag für ein paar Stunden Wasser bekommen sollen, funktioniert nicht. Deshalb legen manche Bewohner von La Paz zum Duschen oft weite Strecken zurück, etwa in benachbarte Stadtteile oder teilweise sogar ans andere Ende der Stadt.

Trinkwasservorräte werden ebenso gehortet, ein Luxus, den sich jedoch längst nicht alle Bewohner der



*Der Versuch, Regenwasser zu sammeln*

*Foto: Laura Steinacher*



*Plastikgeschirr im Restaurant – Wasser zum Spülen gab es nicht.*

*Foto: Laura Steinacher*

überwiegend armen Stadt La Paz leisten können. Seit Anfang Dezember rollen die Lastwagen von Wasserunternehmen und Militär in die Stadtteile, die komplett vom Wasser abgeschnitten sind. Aber die Schlangen sind lang, die Tanks sehr schnell leer. Viele Bewohner stehen oft lange an, um dann doch nichts zu bekommen. Zudem ist die Qualität des Wassers äußerst zweifelhaft, denn viele Fahrzeuge gehören dem staatlichen Erdölkonzern und wurden zuvor für den Transport von Treibstoff verwendet.

### **Der Klimawandel macht sich bemerkbar**

Gründe für den Wassermangel sind die durch den Klimawandel

und das Phänomen El Niño zustande gekommene, außergewöhnliche Trockenheit, was die schlimmste Dürre in Bolivien seit 25 Jahren bewirkte. Mehrere Stauseen sind ausgetrocknet. Zudem wurden Wassermassen für Minenarbeiten am Illimani verschwendet, dem höchsten Berg von La Paz. Fehlplanungen und die marode Infrastruktur haben die Krise verschärft, angeblich gibt es über die Wasserleitungen in La Paz einen Verlust von 45 Prozent. Dabei ist die Problematik seit vielen Jahren bekannt: Ein Film des amerikanischen Nachrichtensenders CNN prophezeite bereits vor zehn Jahren, dass Bolivien erhebliche Schwierigkeiten mit der Wasserversorgung bekommen werde. Die aktuelle, besorgniserregende Lage hat

das verantwortliche Wasserunternehmen der Regierung offenbar viel zu spät kommuniziert.

Erst 2010 erkannte die UNO das Recht auf Wasser als Menschenrecht an – Evo Morales hatte sich dafür eingesetzt. Es ist unbegreiflich, dass ausgerechnet unter seiner Präsidentschaft eine derartige Wasserkrise ausbrechen konnte. Beim Antritt des Präsidentenamtes hatte er noch versprochen, am Ende seiner Amtszeit habe jeder Bolivianer Zugang zu Wasser. Mittlerweile kursiert in Bolivien eine Vielzahl an Gerüchten – der Regierung wird Korruption und Missmanagement vorgeworfen, denn die meisten Bewohner der Andenstadt können nicht glauben, dass die Wasserknappheit erst so spät bemerkt wurde.

Von der aktuellen Krise sind unzählige Menschen in La Paz und El Alto direkt betroffen. Was sie am meisten stört ist die Tatsache, dass die Regierung das Problem nicht von Anfang an offen kommuniziert hat. „Dass es für ein paar Stunden kein Wasser gibt, passiert oft, weil Leitungen repariert werden müssen. Das haben sie uns auch jetzt erzählt. Und dann haben wir erfahren, dass die Stauseen fast leer sind. Das passiert doch nicht plötzlich. Aber uns hat man es erst gesagt, als es schon



*Mit großem Aufwand gesammeltes Regenwasser*

*Foto: Laura Steinacher*



Wasser-LKW des Wasserversorgers EPSAS

Foto: Laura Steinacher

zu spät war“, so Carolina Ilaya, die im Stadtteil Hoyada Norte in La Paz wohnt.

Die Zona Sur, das Reichenviertel der Stadt, war am längsten ganz von der Wasserzufuhr abgeschnitten. In vielen Cafés bekam man den Kaffee monatelang in Einweg-Bechern serviert. Das Essen kam auf Plastiktellern mit Einwegbesteck – Wasser zum Spülen gab es nicht mehr. Auch die Toiletten waren verbarrikiert: kein Wasser für die Spülung. Mittlerweile gibt es auch in der Zona Sur wieder alle paar Tage Wasser.

Zu Beginn der Wasserkrise gab es zahlreiche Protestmärsche und Demonstrationen, in denen laut das Ende der Präsidentschaft von Evo Morales gefordert und der Wassermangel angeprangert wurde, doch mittlerweile hat sich die Lage auf den Straßen beruhigt. Lediglich einige Graffiti und Plakate zeugen

noch von der anfänglichen Wut der Bevölkerung. Es scheint, als haben sich die Bolivianer mittlerweile mit ihrem Schicksal abgefunden.

Bolivien – ein ganzes Land, das auf Regen hofft. Die Stauseen füllen sich normalerweise in der Regenzeit. Diese hat um die Jahreswende so richtig begonnen, ungefähr jeder zweite Tag ist ein Regentag, doch dazwischen mischen sich auch wieder trockene Durststrecken, in denen die Menschen in La Paz mit besorgten Blicken zum Himmel schauen und sich fragen, wann es denn endlich wieder regnet. Die Rationierungen werden zunächst

aufrechterhalten, um nicht in Kürze erneut ganz ohne Wasser auskommen zu müssen. Doch um das Problem langfristig in den Griff zu bekommen, braucht es neue Ideen. Man kann nicht jedes Jahr auf eine starke Regenzeit bauen.

Laura Steinacher



Zisternen

Foto: Laura Steinacher

# Frauenhandel und Zwangsprostitution in Deutschland und Europa

Einen sehr gut bezahlten Job im Ausland annehmen, um die ganze Familie versorgen zu können? Das klingt beim ersten Hören nach einem rentablen Angebot, das gerade Menschen, die in Armutsverhältnissen leben, ohne lange darüber nachzudenken gerne annehmen – vor allem wenn ein Bekannter der eigenen Familie dieses Angebot unterbreitet.

So oder so ähnlich ergeht es vor allem Frauen, die hauptsächlich aus Osteuropa – unter anderem aus Rumänien und Bulgarien – oder aus Afrika in den Westen Europas – nach Deutschland, Italien und in andere wohlhabendere Länder – gelockt werden. Dort sollen sie dann einer Arbeit nachgehen, von der sie vorher nicht genau wissen, was sie erwartet. Was sich zunächst nach einem Freundschaftsangebot unter Bekannten anhört, kann sich nicht nur sehr schnell in ein Abhängigkeitsverhältnis entwickeln, sondern mit dem Begriff des Menschenhandels bezeichnet werden. Daraus kann auch Zwangsarbeit entstehen, aus der es schwierig ist zu entfliehen.

Menschenhandel ist ein internationales Problem, für das sich nach dem Strafrecht diejenige Person strafbar macht, die eine andere Person anwirbt, befördert, beherbergt oder aufnimmt und sie kontrolliert, um sie auszubeuten. Dabei werden

oftmals Gewalt, Täuschungen und Betrug angewandt, um die Schutzbedürftigkeit oder Hilflosigkeit von Personen auszunutzen. Der Zwang zur Prostitution, zum Betteln oder anderen sklavenähnlichen Tätigkeiten wird dabei unter dem Begriff Ausbeutung der Arbeitskraft gefasst.

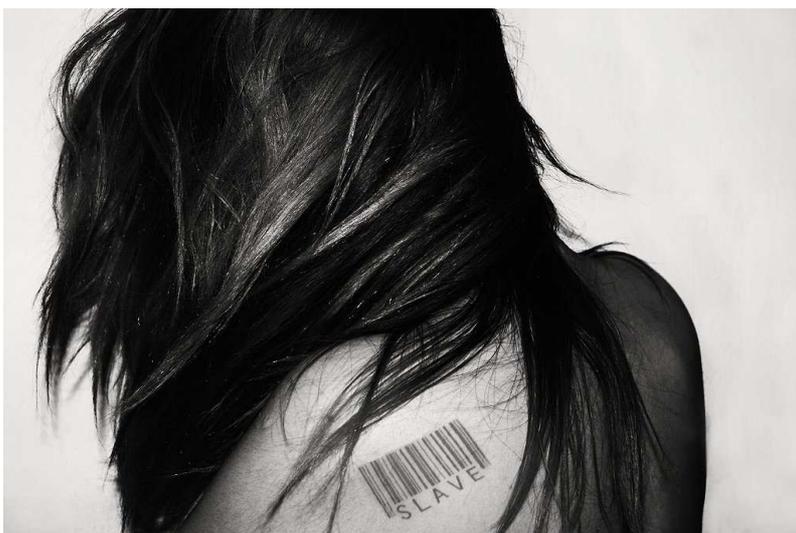
## **Perspektivlosigkeit im Heimatland endet oftmals in sexueller Ausbeutung**

Viele der Opfer von Menschenhandel kommen aus Ländern mit wirtschaftlichen Krisen oder ethnischen Konflikten, andere sind von politischen oder ökonomischen Umbruchprozessen betroffen. Daher sehen sie in ihrem Heimatland oft keine Perspektive mehr, Geld zu verdienen. Da legale Arbeit im Ausland jedoch schwierig zu finden ist, bezahlen sie oft viel Geld an Menschenhändler, die ihnen rentable Jobs in einem wirtschaftlich besser

gestellten Land versprechen. Im fremden Land angekommen, erwartet die Frauen dann jedoch nicht unbedingt die Beschäftigung in einem Restaurant oder als Babysitter, die sie sich vorgestellt haben. Stattdessen werden viele der Frauen zum Arbeiten in Bordelle geschickt und zur Prostitution gezwungen. Die Tätigkeiten, zu denen die Opfer gedrängt oder gezwungen werden, sind ausbeuterisch oder sklavenähnlich, sie verletzen demnach schwerwiegend ihre Menschenrechte.

So schätzt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), dass 880.000 Menschen in der EU Zwangsarbeit leisten, davon ca. 58% Frauen. Laut einer Schätzung aus dem Jahr 2012 werden 270.000 Menschen in der EU sexuell ausgebeutet. Menschenhandel mit dem Ziel der sexuellen Ausbeutung geht fast ausschließlich mit der Ausübung von Prostitution einher. Laut dem Bundeslagebild 2015 des Bundeskriminalamts (BKA) gab es im Jahr 2015 insgesamt 470 von Menschenhandel Betroffene, davon waren 408 Personen weiblich und 416 Personen wurden sexuell ausgebeutet. 54% der Menschen, die in Deutschland sexuell ausgebeutet wurden, waren außerdem unter 21 Jahre alt. Die europäische Statistikbehörde Eurostat und das BKA rechnen zudem jeweils mit einer hohen Dunkelziffer, sodass das reale Ausmaß des Menschen- und Frauenhandels weiterhin im Unklaren liegt.

Auch die Zahl der Begleitdelikte ist in Deutschland im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr angestiegen – die meisten Fälle von Begleitdelikten bei sexueller Ausbeutung beziehen sich auf Straftaten gegen die



„NOT for sale: human trafficking“ – „NICHT zu verkaufen: Menschenhandel“

Foto: Ira Gelb

sexuelle Selbstbestimmung (118 Fälle) sowie Gewaltdelikte (94 Fälle) und Freiheitsberaubung (24 Fälle).

Das Ausnutzen der Perspektiv- und Hilflosigkeit der Menschen im Zielland wird ebenfalls mit dem Begriff Menschenhandel bezeichnet – die Anwerbung muss also nicht nur im Ausland erfolgen. Der Menschenhandel in Deutschland ist keineswegs nur ein grenzüberschreitendes Phänomen vom Ausland nach Deutschland: 23% der Menschen, die Opfer von Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung sind, sind Deutsche und fast die Hälfte der minderjährigen Betroffenen war laut BKA deutscher Staatsangehörigkeit.

### **Betroffene aus Nigeria werden psychisch manipuliert**

Opfer aus Afrika stellten im Jahr 2015 die größte Gruppe außereuropäischer Betroffener in Deutschland dar. Unter ihnen sind viele nigerianische Frauen, die oft mit einem Voodoo-Ritual manipuliert werden, um bei ihnen Ängste zu schüren und sie zu Gehorsam und Verschwiegenheit zu verpflichten. Dieser sogenannte Juju-Eid steht mit einem religiösen und sehr emotionalen Aspekt in Verbindung und sorgt dafür, dass die Opfer unter einem starken psychischem Zwang stehen. Im März 2015 wurden ein Mann und zwei

Frauen in Frankfurt am Main zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt, da sie mehrere junge Frauen aus Afrika zur Prostitution gezwungen hatten, für den diese einen Juju-Eid ablegen mussten. Mindestens vier Nigerianerinnen zwischen 17 und 20 Jahren mussten demnach gegenüber Voodoo-Priestern Gehorsam und die Abzahlung ihrer Schulden in Höhe von bis zu 75.000 Euro für ihre Reise nach Deutschland schwören.

Doch obwohl vielen Frauen in Nigeria und auch anderen afrikanischen Ländern mittlerweile durchaus bewusst ist, was sie in dem „besseren“ Europa wirklich erwartet, haben sie oft keine Wahl und dürfen keine eigenen Entscheidungen treffen. Sobald eine Frau bei ihren Schleusern oder Arbeitgebern im Zielland ankommt, werden ihr sofort die Papiere und der Pass abgenommen, sodass sie sich illegal dort aufhält und somit auch nicht entkommen kann. Oft wissen die Frauen nichts über ihre Rechte in dem Land, in dem sie zur Prostitution gezwungen werden. Darüber, dass sie Anzeige erstatten könnten oder dass es Hilfsorganisationen und Fachberatungsstellen gibt, können sich die Opfer nur sehr schlecht informieren, wenn sie sich quasi illegal aufhalten und kaum oder gar nicht die Sprache des Ziellandes sprechen.

### **Fehlende Papiere erschweren die Verfahrenseinleitung**

Auch Gewaltandrohungen und -androhungen sind keine Seltenheit: Fast jedes vierte Opfer von Zwangsprostitution hat diese Erfahrung gemacht. Den Frauen wird damit gedroht, dass ihrer Familie in ihrem Heimatland Schaden zugefügt werde, wenn sie sich wehren. Die Opfer sind sich ihrer Ausbeutung oft nicht bewusst und befinden sich in einem sehr starken Abhängigkeitsverhältnis, sodass viele ihren „Arbeitgeber“ nicht belasten würden. Da für eine mögliche Verfahrenseinleitung gegen die Täter jedoch vor allem eine Strafanzeige der Opfer ausschlaggebend ist, ist es sehr wichtig, dass die Opfer in Kontakt mit der Polizei treten können. Im Jahr 2015 gingen nur 44% der eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegen Menschenhändler von den Opfern aus, die entweder alleine (26%), in Begleitung von Dritten (14%) oder in Begleitung von Fachberatung (4%) Kontakt zur Polizei aufnahmen.

Die bisherigen Anlaufstellen für die betroffenen Frauen greifen bisher zu kurz; viele der Frauen fühlen sich ohne Ausweispapiere nicht sicher genug vor einer Abschiebung, um zur Polizei zu gehen und Anzeige zu erstatten. So wurden im Verlauf der Ermittlungen im Jahr 2015 nur 32% der Opfer von Fachberatungsstellen betreut, während bei 48% keine besondere Betreuung stattfand.

Um den Frauen zu helfen, sollten ihnen mehr Möglichkeiten offenstehen, wie zum Beispiel durch kostenlose, psychologische Beratung und ausreichend medizinische Versorgung. Die wenigen Beratungsstellen, die es bisher gibt, reichen nicht aus, um den Frauen wieder ihre Rechte zu verschaffen. Die betroffenen Frauen sollten sich vermehrt an Beratungsstellen und auch an die Polizei wenden können, ohne Gefahr zu laufen, abgeschoben zu werden, oder in ständiger Angst vor ihren Peinigern zu leben.



*Rotlichtviertel in Frankfurt am Main*

*Foto: Arne Hüchelheim*

*Faye Nowak*

# Menschenrechtsverletzungen an chinesischen Falun-Gong-Anhängern

Die Mönchengladbacher Amnesty-Mitglieder Ralf Gronau und Birgit Braun setzen sich seit über einem Jahrzehnt für von Menschenrechtsverletzungen Betroffene in der Volksrepublik China ein. Besonders unterstützen sie durch ihr Engagement Anhänger der verfolgten spirituell orientierten Falun-Gong-Bewegung. Das Ehepaar, das selbst Falun Gong praktiziert, tritt für die Aufdeckung von Fällen illegaler Organentnahme ein, kämpft für die Freilassung von Gewissensgefangenen – also Gefangenen, die lediglich wegen ihrer Überzeugungen inhaftiert sind – und möchte Menschen in Deutschland über das Schicksal von Opfern staatlicher Verfolgung in China informieren.

Das Interview führte [REDACTED] von der ANKLAGEN-Redaktion.

*ANKLAGEN:* Aus welchen Gründen engagieren Sie sich für in China verfolgte Praktizierende von Falun Gong, oder, wie die Gruppe auch oft genannt wird, Falun Dafa?

*Ralf Gronau und Birgit Braun:* Falun Dafa stammt aus der uralten buddhistischen Kultivierungsschule Falun Xiulian Dafa. In China werden solche traditionellen Methoden zur Verbesserung von Körper und Geist seit jeher Kultivierung genannt und sind seit Jahrtausenden Teil des täglichen Lebens. Die Machtergreifung der Kommunistischen Partei Chinas im Jahr 1949 setzte der Tradition der Kultivierungsübung ein abruptes Ende. Kultivierung wurde nun als „Aberglaube“ abgestempelt und verfolgt.

Um einer großen Zahl von Qigong-Praktizierenden die Möglichkeit zu geben, sich auf diesem traditionellen Weg körperlich und geistig weiterzuentwickeln, hat der Qigong-Meister Li Hongzhi Falun Xiulian Dafa zu einer leicht zu verbreitenden Kultivierungsmethode zusammengefasst und sie Falun Gong oder auch Falun Dafa genannt. 1992 stellte er die Methode zum ersten Mal der Öffentlichkeit vor.

Im Jahre 2001 wurden wir durch einen Zeitungsartikel auf die Verfolgung von Falun Gong in China aufmerksam gemacht. In dem Bericht wurde die systematische Verfolgung von Falun-Gong-Praktizierenden durch die Kommunistische Partei

Chinas (KPCh) beschrieben.

Es war für uns unverständlich, dass Menschen wegen des Ausübens einer Qigong-Art verfolgt wurden. Wir wurden neugierig auf Falun Gong und begannen Ende 2001, es selbst zu praktizieren. Etwa ein Jahr später erfuhren wir, dass zwei chinesische Falun-Gong-Praktizierende, ein Mann und eine Frau, in Köln eine Mahnwache organisiert hatten, um auf die Menschenrechtsverletzungen in China aufmerksam zu machen. Als sie in ihr Heimatland zurückkehrten, wurden sie dort verhaftet und in ein Arbeitslager gebracht. Den Chinesen hatten wir bei einem Treffen von Falun-Gong-Praktizierenden in NRW einmal gesehen. Später hörten wir, dass man die Spur der beiden verloren habe. Wir haben oft an sie gedacht und uns gefragt, was aus ihnen geworden ist. Das war auch einer der Gründe, die uns später bewogen haben, uns aktiv an der Mahnwache in Köln zu beteiligen, die von anderen Falun-Gong-Praktizierenden an Wochenenden und zum Teil innerhalb der Woche fortgeführt wurde.

*ANKLAGEN:* Was sind Inhalte, Vorstellungen und Ziele von Falun Gong?

*R.G. und B.B.:* Falun Gong ist eine traditionelle Qigong-Art, eine alte chinesische Weisheitslehre für Körper und Geist. Neben der Ausübung von vier Qigong-Übungen und ei-

ner Meditation, die das körperliche Wohlbefinden verbessern und die Vitalität steigern, befasst man sich mit einer buddhistischen Philosophie, basierend auf den Grundsätzen „Wahrhaftigkeit, Barmherzigkeit und Toleranz“, und versucht diese im täglichen Leben anzuwenden. Langfristig gelangt man so zu innerer Harmonie.

*ANKLAGEN:* Wieso werden Praktizierende in China verfolgt?

*R.G. und B.B.:* Seit Falun Gong im Jahre 1992 öffentlich vorgestellt wurde, erlangte es wegen seiner positiven Wirkung auf das körperliche und seelische Befinden innerhalb weniger Jahre in China eine außerordentliche Beliebtheit.

Die stetig wachsende Anzahl der Falun-Gong-Praktizierenden wurde nach Meinung der Parteiführung, insbesondere des damaligen chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin, zu groß. 1999 praktizierten ca. 70 bis 100 Millionen Menschen in China Falun Gong, dies überstieg bei weitem die Anzahl der Parteimitglieder von 65 Millionen.

Weil Jiang Zemin die große Popularität von Falun Gong missfiel und weil Menschen, die an die geistigen Prinzipien von Wahrhaftigkeit, Barmherzigkeit und Toleranz glauben, nicht so leicht manipulierbar sind, ordnete er das Verbot und die Verfolgung der Praktizierenden in China an. Er wollte Falun Gong in-

nerhalb weniger Monate vernichten, seine Parole war: „Zerstört ihren Ruf, ruiniert sie finanziell und vernichtet sie physisch“. Am 20. Juli 1999 begann in einer Nacht- und Nebelaktion eine landesweite Hetzjagd auf Falun-Gong-Praktizierende. Die Verfolgung wird bis heute in unglaublicher Brutalität durchgeführt. Die Praktizierenden werden oft sogar ohne Prozess und Rechtsbeistand in Zwangsarbeitslager, Gefängnisse etc. gebracht. Dort versucht man sie mit Gehirnwäsche und schwerster Folter „umzuerziehen“, um sie zu zwingen, ihren Glauben aufzugeben.

**ANKLAGEN:** Was wird Anhängern von Falun Gong konkret vorgeworfen?

**R.G. und B.B.:** Falun Gong war in China in allen Bevölkerungsschichten sehr beliebt. Bis heute gibt es nach unserem Rechtsverständnis keine Gründe, Falun Gong zu verfolgen. Eine Methode der Kommunistischen Partei gegen unliebsame Gruppen ist es, das Volk gegen sie aufzubringen und eine Rechtfertigung für die Verfolgung zu schaffen. Deshalb wurde gegen Falun Gong eine Verleumdungskampagne gestartet.

Dazu ersann Jiang Zemin ein Netz von Lügen, die insbesondere über die Medien verbreitet wurden. So wurde zum Beispiel behauptet, Falun Gong sei schlecht für die Gesundheit. Die Falun-Gong-Praktizierenden werden verhaftet und in Umerziehungslager gebracht – unter dem Vorwand, sie übten einen böartigen Kult aus, seien abergläubisch oder störten die öffentliche Ordnung.

Außerdem wird behauptet, Falun-Gong-Praktizierende würden sich selbst töten. Dazu inszenierte die KPCh eine Selbstverbrennung von fünf Personen auf dem Platz des himmlischen Friedens, die auf Video aufgezeichnet und jahrelang als Hasspropaganda im Fernsehen gezeigt wurde.

Heute lassen sich diese Lügen



*Am 5. November 2016 protestierten Menschenrechtsaktivisten und Praktizierende von Falun Gong in München für das Ende der Verfolgung von Anhängern der Qigong-Praxis.*

© Ralf Gronau und Birgit Brunn

nicht mehr aufrechterhalten. Daher behauptet die KPCh nun, Falun Gong sei politisch. Auch das basiert auf Lügen, da es bei Falun Gong nur um die eigene Kultivierung geht und keinesfalls um politische Ziele.

**ANKLAGEN:** Nach Recherchen von Menschenrechtsorganisationen betreibt China massiv illegalen Organhandel und entnimmt jährlich tausenden Menschen, unter ihnen viele Anhänger von Falun Gong, Organe.

Warum gelten Falun-Gong-Anhänger im Vergleich zu sonstigen Strafgefangenen als besonders geeignete Opfer des Organraubs?

**R.G. und B.B.:** Die Falun-Gong-Anhänger versuchen zu innerer Harmonie und Ausgeglichenheit zu gelangen und achten auf ihren Körper. Sie rauchen nicht und trinken keinen Alkohol. Deswegen gelten sie als sehr gesund. In der Anfangszeit der Verbreitung von Falun Gong in China erhielt diese Qigong-Art mehrfach Auszeichnungen vom chinesischen Staat für die positiven Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen. Viele andere Strafgefangene leiden an Krankheiten wie zum Beispiel Hepatitis, daher können ihre Organe nicht zur Trans-

plantation verwendet werden.

Ein weiterer Aspekt ist, dass in China zwar viele Menschen verfolgt werden, u. a. Tibeter, Uiguren, Christen, Leute, die sich für Menschenrechte oder die Demokratiebewegung einsetzen, aber die überwiegende Mehrheit der Gefangenen in chinesischen Gefängnissen, Arbeitslagern und Gehirnwäschezentren sind bis heute Falun-Gong-Praktizierende.

Im Juni 2016 veröffentlichten der ehemalige kanadische Staatssekretär David Kilgour, der Menschenrechtsanwalt David Matas und der Journalist Ethan Gutmann gemeinsam einen Untersuchungsbericht (sog. Kilgour-Matas-Gutmann-Untersuchungsbericht). Darin enthalten sind die Ergebnisse ihrer Recherchen bezüglich des Vorwurfs des Organraubs an Gewissensgefangenen in China.

**ANKLAGEN:** Zu welchen Erkenntnissen kamen Sie speziell im Hinblick auf Praktizierende von Falun Gong?

**R.G. und B.B.:** Der aktuelle Untersuchungsbericht wurde nach mehr als zehn Jahren intensiver Recherchen, Auswertung von Telefonumfragen, Internetseiten von 865 Krankenhäu-

sern in China und medizinischen Fachzeitschriften im Juni 2016 herausgegeben. Der erste Bericht von Kilgour und Matas erschien 2006. Damals bezogen sich die Autoren auf die von der Kommunistischen Partei Chinas veröffentlichten Zahl von 10.000 Transplantationen pro Jahr. Die neuen Untersuchungen haben gezeigt, dass diese Zahl in keiner Weise der Realität entspricht.

Anhand dieser Untersuchungen wurde die Anzahl der jährlich transplantierten Organe in China auf 60.000 bis 100.000 evtl. sogar auf das Doppelte geschätzt. Das bedeutet, in dem untersuchten Zeitraum von 15 Jahren fanden vermutlich bis zu 1,5 Millionen Transplantationen statt. Diese Zahl ist bis zu zehnmal höher, als die offiziellen Angaben der KPCh. Im Bericht wird erklärt, dass diese große Anzahl von Organen nicht von freiwilligen Spendern stammen kann, insbesondere da Chinesen traditionell bedingt eine extrem geringe Organspendenbereitschaft zeigen. Nach offizieller Angabe gab es von 2003 bis 2009 in ganz China nur 130 freiwillige post-mortale Spender (Quelle: American Journal of Transplantation 2014; XX: 1-7). Ebenso kann eine derart große Anzahl von Transplantationen nicht durch Organe von hingerichteten Verbrechern gedeckt werden. Die Schlussfolgerung der Autoren ist, dass der Großteil der verwendeten Organe von Gewissensgefangenen wie Uiguren, Tibetern, Christen (insbesondere Christen, die sich staatlich nicht registrieren lassen, weil sie sich der direkten Kontrolle und Beeinflussung des kommunistischen Regimes entziehen wollen und sich deshalb zu Gottesdiensten in Hauskirchen treffen) und in großem Ausmaß von Falun-Gong-Praktizierenden stammt. Bei der Vorstellung des Berichts im Washingtoner National Press Club sagte Co-Autor David Matas: „Die Schlussfolgerung dieses Updates und unserer ganzen bisherigen Arbeit ist, dass China Massenmord an Gewissensgefangenen begangen hat – in erster Linie an den spirituell orientierten Falun-

Gong-Praktizierenden [...], um Organe für Transplantationen zu beschaffen.“

*ANKLAGEN:* China versucht, Menschenrechtsverletzungen zu verschleiern; offizielle Angaben zum Vorgehen und den genauen Opferzahlen des Organraubs gibt es daher nicht. Auf welche Quellen stützt sich der Bericht?

*R.G. und B.B.:* Der neue Untersuchungsbericht „Bloody Harvest/ The Slaughter – an Update“ umfasst 680 Seiten mit rund 2.300 Quellenangaben, vollständig unter <http://www.endorganpillaging.org> online verfügbar. Als Quellen dienten Telefonumfragen, Internetseiten der Krankenhäuser und medizinische Fachzeitschriften für alle 865 Krankenhäuser in China, die Organtransplantationen durchführen. Zudem wurden aus Medienberichten, Internetseiten der Regierung, aktuellen und archivierten Webseiten der Krankenhäuser und medizinischen Fachzeitschriften die Informationen über 712 Leber- und Nierentransplantationszentren ausgewertet. Im Detail wurden 165 Krankenhäuser untersucht, die von der chinesischen Regierung eine Genehmigung zur Transplantation erhalten hatten.

*ANKLAGEN:* Neben Anhängern von Falun Dafa sind auch andere Personen- bzw. Bevölkerungsgruppen von illegaler Organentnahme betroffen. Welche?

*R.G. und B.B.:* Im Dezember 2013 wurde im Europäischen Parlament erstmals eine Resolution gegen Organraub in China verabschiedet, in der unter anderem Folgendes festgestellt wurde: „Das Europäische Parlament bekundet seine tiefe Besorgnis angesichts der anhaltenden und glaubwürdigen Berichte über systematische, vom Staat gebilligte Organentnahmen an Gefangenen aus Gewissensgründen in der Volksrepublik China, die ohne Einwilligung der Betroffenen erfolgen, unter anderem in großem Umfang an

Falun-Gong-Anhängern, die aufgrund ihrer religiösen Überzeugung inhaftiert sind, sowie an Angehörigen anderer religiöser und ethnischer Minderheiten“ und „in der Erwägung, dass die Kommunistische Partei Chinas im Juli 1999 eine groß angelegte landesweite Verfolgungswelle ausgelöst hat, mit der die geistige Praxis Falun Gong beseitigt werden sollte und die zur Festnahme und Inhaftierung von Hunderttausenden von Falun-Gong-Anhängern geführt hat; in der Erwägung, dass Berichten zufolge auch uigurische und tibetische Gefangene zu Organspenden gezwungen worden sind“.

*ANKLAGEN:* Wie reagiert die chinesische Öffentlichkeit auf die Verfolgung von Falun-Gong-Praktizierenden? Ist dieser Umstand in der Bevölkerung allgemein bekannt?

*R.G. und B.B.:* Die Verfolgung von Falun Gong ist fast jedem Chinesen bekannt, allein schon wegen der in ganz China verbreiteten Hasspropaganda. Viele chinesische Touristen, mit denen wir in Kontakt kommen, kannten auch Praktizierende zum Beispiel aus der Nachbarschaft oder aus der eigenen Familie. Aber es ist in China sehr gefährlich, sich mit solchen Themen zu befassen. Jeder Chinese ist sich bewusst, wie schnell man selbst im Arbeitslager landen kann. Man geht solchen Themen besser aus dem Weg und schweigt. Deshalb hört man im Gespräch mit chinesischen Touristen oft den Kommentar, dass man sich nicht in die Politik einmischen möchte.

*ANKLAGEN:* Sie sind im Zuge Ihres Einsatzes für Praktizierende in China auch an Einzelfallarbeit beteiligt. Welches Schicksal hat Sie persönlich sehr bewegt?

*R.G. und B.B.:* In den vergangenen Jahren haben wir chinesische Falun-Gong-Praktizierende, die Asyl suchten und von der Abschiebung bedroht waren, unterstützt. In einem Fall ging es um einen chinesischen

Praktizierenden, der in Deutschland Asyl beantragte, weil er sich hier für die Rettung seiner Mutter einsetzen wollte. Sie ist eine einfache Bäuerin, die wegen des Ausübens von Falun Gong in einem Frauenarbeitslager in der Provinz Shandong zur Umerziehung inhaftiert war und Zwangsarbeit leisten musste. Sie bekam noch nicht einmal einen Anwalt und einen Gerichtsprozess. Dieser Fall hat uns sehr betroffen gemacht, weil wir uns durch die Hilfestellung bei der Asylbeantragung intensiv mit der Leidensgeschichte der Familie befassen mussten. Die Mutter wurde erstmalig im Jahre 2000 verhaftet, als ihr Sohn noch ein Kind war. Er beschrieb, wie die Polizei seine Mutter abholte, wie er sie einmal gemeinsam mit seiner Tante im Untersuchungsgefängnis besuchte und wie er später nach der Freilassung seiner Mutter ein Jahr bei seinem alten Großonkel leben musste, weil seine Eltern aus Angst vor einer weiteren Verhaftung in den Nordosten von China geflohen waren.

*ANKLAGEN:* Hat sich die Situation von Praktizierenden in China seit dem Verbot von Falun Gong und dem Beginn der Verfolgung verändert?

*R.G. und B.B.:* Das Verbot von Falun Gong in China besteht weiterhin. In der ersten Jahreshälfte 2016 erfolgten mehr als 4.000 neue Festnahmen von Praktizierenden. Das Ausmaß der Verfolgung ist regional sehr unterschiedlich; von der Zentralregierung gibt es kein Anzeichen einer Lockerung des Verbots. Darüber hinaus existiert eine Institution („Büro 610“) die nur gegründet wurde, um Falun Gong zu bekämpfen und die Praktizierenden umzuerziehen. Diese Büros gibt es in fast jeder chinesischen Stadt.

*ANKLAGEN:* Gibt es trotz der langen Verfolgung noch immer Praktizierende in China? Wie organisieren sich diese?

*R.G. und B.B.:* Es gibt weiterhin Mil-

lionen von Falun-Gong-Praktizierenden in China. Da es keine Mitgliedslisten gibt, besteht kaum eine Möglichkeit, eine exakte Anzahl zu ermitteln. Im Jahre 1999 gab es ca. 70 bis 100 Millionen Praktizierende. Sie organisieren sich lokal und informieren das Ausland über aktuelle Geschehnisse in Arbeitslagern, Gefängnissen usw. Sie müssen dabei sehr vorsichtig vorgehen und riskieren jederzeit ihr Leben.

*ANKLAGEN:* Welche Maßnahmen wurden bereits von Parlamenten oder Regierungen weltweit eingeleitet, um den Organraub in China zu unterbinden?

*R.G. und B.B.:* Im Dezember 2013 wurde die bereits erwähnte Resolution des Europäischen Parlaments verabschiedet. Ähnliche Resolutionen gab es bis 2015 zudem in Taiwan, Australien, Kanada, Italien und in den US-Bundesstaaten Illinois und Pennsylvania. In Spanien, Israel, Italien und Taiwan wurden bereits Gesetze erlassen, die das Ziel verfolgen, den Organtourismus nach China zu unterbinden. Das israelische Gesetz besagt zum Beispiel, dass die Krankenkassen keine Kosten für eine im Ausland durchgeführte Transplantation übernehmen dürfen.

Am 13. Juni 2016 hat der amerikanische Kongress einstimmig die House Resolution HR 343 angenommen, in der die Organentnahme bei Gewissensgefangenen in der Volksrepublik China, insbesondere Falun-Gong-Anhängern, verurteilt wird (<https://www.congress.gov/bill/114th-congress/house-resolution/343>).



*Während einer Mahnwache am 5. Juli 2015 in Köln machten Falun-Gong-Praktizierende auf das Schicksal Praktizierender in der Volksrepublik China aufmerksam.*

© Ralf Gronau und Birgit Braun

*ANKLAGEN:* Wie können wir uns für verfolgte Falun-Gong-Anhänger in China einsetzen?

*R.G. und B.B.:* Unterschriftenlisten sind ein Weg, um viele Stimmen von Menschen zu sammeln und dann etwas bewegen zu können. So gibt es zum Beispiel eine Online-Petition der NGO DAFOH (Doctors Against Forced Organ Harvesting). Im Dezember 2013 konnten so ca. 1,5 Millionen Unterschriften an die UNO in Genf übergeben werden. Eine große Unterstützung ist es auch, wenn jeder Einzelne in seinem Freundes- und Bekanntenkreis davon erzählt und/oder Briefe an Politiker in seiner Stadt oder an die deutsche Bundesregierung schreibt. Es gibt immer wieder Eilaktionen (Urgent Actions) von Amnesty International für verfolgte Falun-Gong-Praktizierende. Vor einiger Zeit gab es ein Video im Internet über einen Falun-Gong-Praktizierenden, der durch eine Urgent Action von Amnesty aus einer Haftanstalt gerettet wurde. Er sagte, er habe zwar die Briefe niemals gesehen, aber sofort gemerkt, dass sich etwas veränderte. Das habe ihm große Hoffnung gegeben.

*ANKLAGEN:* Herr Gronau, Frau Braun, wir danken Ihnen herzlich für Ihre Ausführungen.

## Katholische Kirche gesteht Mitschuld

Über 20 Jahre nach dem größten Genozid seit der Zeit des Nationalsozialismus gestand die katholische Kirche ihre Mitschuld am Völkermord in Ruanda von 1994 und bat um Vergebung. Anlässlich des von Papst Franziskus ausgerufenen „Heiligen Jahres der Barmherzigkeit“ erklärten die neun ruandischen Bischöfe Ende November, Kirchenmitglieder und Geistliche seien an Planung, Unterstützung und Ausführung des Völkermords beteiligt gewesen.

In dem ostafrikanischen Land mit damals etwa acht Millionen Einwohnern wurden zwischen April und Juli 1994 knapp eine Million Tutsi ermordet. Hinzu kamen gemäßigte Vertreter der Hutu, die sich weigerten, an den Massakern mitzuwirken, oder aktiv Widerstand leisteten. Die Täter waren überwiegend radikale Hutu-Milizen, die sich aus der Präsidentengarde, der Armee, Polizei und Verwaltung, aber auch aus bewaffneten Zivilisten zusammensetzten. Viele Ermordungen fanden in Gotteshäusern statt, in die sich Tutsi flüchteten, teilweise unter dem Segen oder mit Beteiligung der dort ansässigen Priester und Ordensleute.

Die Unterscheidung zwischen Hutu und Tutsi wurde von den Kolonialmächten Deutschland und Belgien betont und verfestigt, mit dem

Ziel, die Tutsi als kleinere, aber wohlhabendere gesellschaftliche Elitegruppe zu etablieren.

Hutu und Tutsi wurden oft als ethnische Gruppierungen missverstanden, es handelt sich jedoch vielmehr um eine kastenähnliche, soziale Klassifizierung. Im

1957 erschienenen „Hutu-Manifest“ wurde offen gegen die Tutsi gehetzt, mit dem Ziel, deren Vorherrschaft abzuschaffen. Zwei Jahre später folgte der sogenannte „Fastenbrief“ des Bischofs André Perraudin, der als Bestätigung des Manifests aufgefasst wurde und erste Massaker und Massenvertreibungen von Tutsi zur Folge hatte.

Auf die Unabhängigkeit Ruandas Anfang der 1960er-Jahre folgte die fortschreitende Destabilisierung der Region. Es kam immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Hutu und Tutsi – auch im benachbarten Burundi –, was umfangreiche Fluchtbewegungen mit sich brachte. 1990 marschierten bewaffnete Tutsi-Flüchtlinge nach Ruanda ein. Die Hutu-Staatsmacht startete mit ihren „Zehn Geboten der Hutu“ nun die organisierte Ausrottung der „ungläubigen“ Tutsi – neben den allgemeinen Aufstachelungen fanden umfangreiche Vorbereitungen für den Völkermord statt.

Zentraler Auslöser war der bis heute unaufgeklärte Mord an Präsident Habyarimana und seinem burundischen Amtskollegen Ntaryamira am 6. April 1994. Das Flugzeug, in dem beide von einem Treffen in Tansania zurückkehrten, das den Bürgerkrieg beenden sollte, wurde bei seinem Landeanflug abgeschossen. Eine Woche später wurden Tutsi mit Schusswaffen, Handgranaten und Hieb Waffen angegriffen, ab Ende April 1994 fanden umfangreiche Massaker statt. Oft gingen den systematischen Tötungen Plünderungen, Verschleppungen, Demütigungen, Vergewaltigungen, Verstümmelungen und Folter voraus. Damals gängige Praktiken waren etwa das Abhacken von Händen und Füßen, Pfählungen, der Zwang zum Inzest sowie zum Kannibalismus. Die Opfer wurden häufig zu mehreren in Gebäude zusammengedrückt und lebendig verbrannt oder mit Hilfe von Handgranaten getötet.

Unter den Nachwirkungen haben oft Kinder zu leiden, so wachsen

heute viele von ihnen in sogenannten Kinderhaushalten gänzlich ohne Erwachsene auf. Sie leben meist als billige Arbeitskräfte in extremer Armut und werden sexuell missbraucht. Wie die Opfer der Vergewaltigungen während des Völkermords sind sie meist mit HIV infiziert und erfahren soziale Ächtung.

Von verschiedenen Seiten wurde Kritik an den Vereinten Nationen sowie mehreren westlichen Staaten wegen deren Untätigkeit in Bezug auf den Völkermord geübt. Frankreich wird gar vorgeworfen, aktiv an den Massakern beteiligt gewesen zu sein sowie Täter geschützt und nicht zur Rechenschaft gezogen zu haben. Vor nationalen und internationalen Gerichten kam es immer wieder zu Urteilen mit hohen Haftstrafen aufgrund von Verwicklungen in den Völkermord, in Frankreich jedoch erst seit 2014.

Papst Johannes Paul II. kam noch 1990 nach Ruanda, um 90 Jahre Missionsarbeit zu feiern, in denen fast die gesamte Bevölkerung zur römisch-katholischen Kirche bekehrt wurde. 1996 lehnte er es ab, seiner Kirche eine Mitverantwortung für den Völkermord aufzubürden und erklärte, die Schuld liege allein bei den einzelnen Tätern, zu denen auch Gläubige gehörten. Sein ambivalentes Verhältnis zu Ruanda war auch später nicht von Reue und Buße geprägt.

Anlässlich des jährlichen ruandischen Gedenktags am 7. April 2007, der in diesem Jahr auf Karsamstag fiel, sandte Papst Benedikt XVI. eine Botschaft nach Ruanda. Darin ließ er seine innere Anteilnahme und seinen Wunsch nach einem nationalen Aussöhnungsprozess verlauten. Die aktuelle Erklärung der ruandischen Bischöfe stellt nun zwar das erste Schuldeingeständnis seitens der katholischen Kirche dar, sie besteht jedoch weiterhin darauf, nicht als Institution am Völkermord beteiligt gewesen zu sein.

*Filipp Münst*



*Geöffnetes Tabernakel mit Einschusslöchern beim Mahnmahl in Nyamata*

*Foto: Fanny Schertzer*

# Rückblick: Tag der Menschenrechte 2016 in Tübingen

Am 10. Dezember ist der Internationale Tag der Menschenrechte. An diesem Tag wird an die Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen erinnert. Auch wir, die lokale Hochschulgruppe von Amnesty International, haben diesen Termin genutzt, um in Tübingen über die aktuelle Menschenrechtslage zu informieren und viele Bürgerinnen und Bürger dazu zu motivieren, sich für deren Verbesserung einzusetzen.

Bereits im Vorfeld trafen wir uns am 9. Dezember 2016 mit Oberbürgermeister Boris Palmer im Foyer des Rathauses, wo wir die Fälle des alljährlichen Briefmarathons eine Woche lang auslegen durften. Der weltweite Briefmarathon ist eine Aktion von Amnesty International, bei der bereits formulierte Briefe zugunsten gewaltloser Opfer von Menschenrechtsverletzungen unterschrieben werden können. Die Briefe werden an die jeweiligen Regierungen geschickt. Einer dieser Fälle war der des populären Whistleblowers Edward Snowden, für den eine Begnadigung erwirkt werden sollte. Im Rathaus nahmen sich neben Boris Palmer auch die Gemeinderats-

mitglieder Ingeborg Höhne-Mack (SPD), Dietmar Schöning (FDP) und Bernd Gugel (AL/Grüne) die Zeit, mit uns zu reden und schließlich auch die Briefe zu unterzeichnen. Von den von uns bereitgelegten Appellbriefen wurden insgesamt 497 Stück unterschrieben!

Am Internationalen Tag der Menschenrechte selbst, der mit dem Tübinger Weihnachtsmarkt zusammenfiel, konnten Passantinnen und Passanten an unserem Aktions- und Informationsstand kostenlos Taschen bemalen, am Briefmarathon teilnehmen, Plätzchen und Lebkuchen essen, Getränke zu sich nehmen, Assoziationen zu Menschenrechten

aufschreiben sowie mit den Hochschulgruppenmitgliedern am Stand ins Gespräch kommen.

Gleichzeitig wurde in den sozialen Medien eifrig für den Schutz der Menschenrechte geworben. Von 0:00 Uhr bis 23:00 Uhr posteten wir auf der Facebook-Seite von Amnesty International Tübingen stündlich Links zum Thema Menschenrechte.

Zu guter Letzt wurde abends auf zahlreichen Bildschirmen in der Stadt ein Video über die Menschenrechtslage rund um den Globus mit Fakten und Einzelschicksalen abgespielt. Unter anderem haben die Ca-



*Amnesty-Briefmarathon im Foyer des Tübinger Rathauses*



*Aktions- und Informationsstand der Tübinger Amnesty-Hochschulgruppe am Internationalen Tag der Menschenrechte*

feteria in der Universitätsbibliothek, das „Schwarze Schaf“, das Kino Arsenal, das „Wohnzimmer“ und der „Bierkeller“ diesen Kurzfilm gezeigt. Zum Teil lief das Video den ganzen Abend in der Dauerschleife. Herzlichen Dank nochmals an alle, die das ermöglicht haben!

Alles in allem konnten wir dieses Jahr am Internationalen Tag der Menschenrechte viele Menschen erreichen. Es gab einen tollen und bereichernden Austausch und wir sind froh über die zahlreichen positiven Rückmeldungen, die wir bekommen haben. Wir sind daher sehr moti-

viert, auch in diesem Jahr möglichst präsent zu sein und die Tübinger dazu anzuregen, tatkräftig zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage auf der ganzen Welt beizutragen. Wir freuen uns immer über neue Mitglieder und interessierte Studentinnen und Studenten, die unser Anliegen teilen und aktiv werden wollen. Jeder ist daher ausdrücklich eingeladen, zu unseren Treffen donnerstags um 20:00 Uhr im Amnesty-Büro in der Wilhelmstraße 105 zu kommen.



*Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer beim Unterschriften von Amnesty-Briefen*

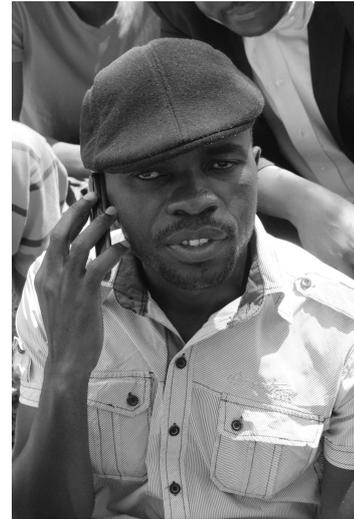
*Pauline Hachenberg, Hochschulgruppe von Amnesty International Tübingen*

**Simbabwe:****Journalist verschleppt**

Unter [www.ai-tuebingen.de](http://www.ai-tuebingen.de) (Appellbriefe) finden Sie **Musterbriefe** der Deutschen Sektion von Amnesty International.

Am Morgen des 9. März 2015 wurde der Journalist und Demokratieverfechter Itai Dzamara in Harare, der Hauptstadt Simbabwes, verschleppt. Während eines Frisörbesuchs im Vorort Glen View beschuldigten ihn fünf Männer, Vieh gestohlen zu haben. Sie legten ihm Handschellen an und fuhren ihn in einem weißen Lieferwagen davon. Sein Aufenthaltsort ist bis heute unbekannt.

Itai Dzamara hatte am 7. März 2015 an einer Demonstration der Oppositionsbewegung Movement for Democratic Change (MDC-T) in Harare teilgenommen, bei der er dazu aufrief, in einer Massenaktion auf die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation Simbabwes aufmerksam zu machen. Als Leiter der Protestbewegung Occupy Africa Unity Square hatte Itai Dzamara im Oktober 2014 eine Petition beim simbabwischen Präsidenten Robert Mugabe eingereicht, die ihn aufforderte, zurückzutreten und den Weg für Neuwahlen freizumachen. Für sein Engagement zugunsten der Demokratie wurde Itai Dzamara bereits in der Vergangenheit willkürlich festgenommen und sowohl von Beamten\_innen des Staatssicherheitsapparates als auch von Mitgliedern der Regierungspartei ZANU-PF brutal geschlagen. Die Versuche seiner Familie und von Menschenrechtsanwält\_innen, seinen Aufenthaltsort zu ermitteln, sind bislang fehlgeschlagen.



© Kumbira Majunda/ZLHR

**Schreiben Sie bitte höflich formulierte Briefe** an den Innenminister Simbabwes, in denen Sie ihn auffordern, eine umfassende und unabhängige Untersuchung der Verschleppung von Itai Dzamara einzuleiten und sicherzustellen, dass die dafür Verantwortlichen in einem fairen Verfahren vor Gericht gestellt werden. Bitten Sie ihn für den Fall, dass sich Itai Dzamara in staatlichem Gewahrsam befindet, seinen Aufenthaltsort bekannt zu geben und dafür zu sorgen, dass er vor Folter oder anderweitiger Misshandlung geschützt wird. Fordern Sie den Innenminister außerdem auf, dafür zu sorgen, dass die Polizei unverzüglich jegliche willkürlichen Festnahmen, Schikulierungen und Einschüchterungen von Aktivist\_innen in Simbabwe einstellt.

**Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch an:**

Innenminister  
Hon. Ignatius Chombo  
Ministry of Home Affairs  
11th Floor Mukwati Building  
Corner Fourth and Livingstone Avenue  
PO Box CY 7703  
Harare  
SIMBABWE

**Senden Sie bitte eine Kopie an:**

Botschaft der Republik Simbabwe  
I. E. Frau Ruth Masodzi Chikwira  
Kommandantenstraße 80  
10117 Berlin

*Fax: 030 – 20 45 50 62*

*E-Mail: [infor@zimembas.syberlin.com](mailto:infor@zimembas.syberlin.com)*

*(Anrede: Dear Minister / Sehr geehrter Herr Minister)*

*Fax: 00 263 – 4 707 231; E-Mail: [postmaster@moha.gov.zw](mailto:postmaster@moha.gov.zw)*

*(Standardbrief Luftpost bis 20g: 0,90 €)*

**Briefvorschlag:**

Sehr geehrter Herr Minister, bis heute ist der Aufenthaltsort des im März 2015 in Harare verschleppten Journalisten **Itai Dzamara** unbekannt. Dzamara hatte am 7. März 2015 von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht und auf einer Demonstration dazu aufgerufen, in einer Massenaktion auf die schlechte wirtschaftliche Situation Simbabwes aufmerksam zu machen. Für sein Engagement zugunsten der Demokratie war er schon vor seiner Entführung willkürlich verhaftet worden.

Ich möchte Sie höflich darum bitten, eine umfassende unabhängige Untersuchung der Verschleppung Dzamaras einzuleiten und die Verantwortlichen in einem fairen Verfahren vor Gericht zu stellen. Sollte Dzamara sich in staatlichem Gewahrsam befinden, geben Sie bitte seinen Aufenthaltsort bekannt und schützen Sie ihn vor Folter und Misshandlung. Stellen Sie zudem sicher, dass die Polizei willkürliche Festnahmen und Einschüchterungen sämtlicher Aktivist\_innen in Simbabwe einstellt.

Mit freundlichen Grüßen

### Nigeria:

### Gewaltsame Zwangsräumungen ohne Entschädigung



© Amnesty

Hunderte Bewohner\_innen von Ost-Badia im Bundesstaat Lagos wurden am 23. Februar 2013 obdachlos, als die Behörden des Bundesstaates 266 Häuser in der Gemeinde abrissen. Die Betroffenen waren zuvor nicht umfassend konsultiert worden und hatten keine angemessene Vorankündigung erhalten, ehe sie aus ihren Häusern vertrieben wurden. Laut Augenzeug\_innen wurden Bewohner\_innen daran gehindert, ihr Eigentum aus den Häusern herauszuholen; die Polizei nahm während des Abrisses drei unbewaffnete Männer fest und mehrere Anwohner\_innen, die versuchten, sich der Zwangsäumung zu widersetzen, wurden von der Polizei geschlagen.

Die Bewohner\_innen von Ost-Badia wie auch anderer informeller Siedlungen in Nigeria haben nach den Zwangsäumungen der vergangenen Jahre keine alternativen Unterkünfte und/oder Schadenersatz von staatlichen Stellen erhalten, um den Verlust und/oder Schaden an ihrem Eigentum auszugleichen.

Die aus Ost-Badia Vertriebenen reichten im Mai 2016 wegen der Verletzung ihrer grundlegenden Rechte auf Menschenwürde, faire Anhörungen, Freiheit, Eigentum und Privatsphäre Klage beim Hohen Bundesgericht in Lagos ein. Diese Rechte garantieren ihnen die Absätze 34, 35, 36 (1), 43 und 46 (1) und (2) der Verfassung der Bundesrepublik Nigeria. Die erste Anhörung fand im Juli 2016 statt.

**Schreiben Sie bitte höflich formulierte Briefe** an den Gouverneur des Bundesstaates Lagos, in denen Sie ihn bitten, sicherzustellen, dass alle am 23. Februar 2013 vertriebenen Bewohner\_innen endlich Entschädigung und alternative Unterkünfte erhalten. Fordern Sie ihn auf, sich zu verpflichten, die rechtswidrigen Zwangsäumungen einzustellen. Dringen Sie zudem auf einen Gesetzentwurf für den Bundesstaat Lagos, der rechtswidrige Zwangsäumungen untersagt.

**Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch an:**

Gouverneur des Bundesstaates Lagos  
Mr. Akinwunmi Ambode  
Governor's Office  
State Government Secretariat  
Alausa, Ikeja, Lagos State  
NIGERIA

*(Anrede: Your Excellency / Exzellenz)  
(Standardbrief Luftpost bis 20g: 0,90 €)*

**Senden Sie bitte eine Kopie an:**

Botschaft der Bundesrepublik Nigeria  
Herrn Chimezie Okeoma Ogu  
Geschäftsträger a.i.  
Neue Jakobstraße 4  
10179 Berlin

*Fax: 030 – 21 23 01 64  
E-Mail: [info@nigeriaembassygermany.org](mailto:info@nigeriaembassygermany.org)  
(Standardbrief: 0,70 €)*

#### Briefvorschlag:

Exzellenz,

hunderte Bewohner Ost-Badias in Lagos wurden am 23. Februar 2013 obdachlos, nachdem die Behörden 266 Häuser abgerissen hatten. Die Betroffenen wurden zuvor nicht umfassend über den bevorstehenden Abriss informiert und hatten keine Gelegenheit, ihre Besitztümer zu retten. Während des Abrisses wurde der Widerstand der Anwohner gewaltsam von der Polizei unterdrückt. Bis heute haben die ehemaligen Bewohner weder eine alternative Unterkunft noch Schadenersatz von staatlicher Seite erhalten.

Ich möchte Sie hiermit darum bitten, diese Versäumnisse nachzuholen und den Vertriebenen ihr grundlegendes Recht auf faire Anhörung, Freiheit, Eigentum und Privatsphäre zuzugestehen. Außerdem fordere ich Sie dazu auf, sämtliche rechtswidrige Zwangsäumungen in Zukunft einzustellen. Hierfür bedarf es dringend eines entsprechenden Gesetzentwurfs, der Zwangsäumungen in Lagos untersagt.

Hochachtungsvoll

**Honduras:****Leiterin einer Indigenenorganisation ermordet**

In der Nacht vom 2. auf den 3. März 2016 wurde Berta Cáceres, die Leiterin und Mitgründerin der Indigenenorganisation Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras (COPINH), in ihrer Heimatstadt La Esperanza im Departamento Intibucá ermordet. Berta Cáceres und COPINH hatten sich gegen den Bau des Wasserkraftwerks Agua Zarca am Fluss Gualcarque und auf dem Land der indigenen Gemeinschaft der Lenca eingesetzt. Insbesondere COPINH pocht darauf, dass die Lenca vor der Umsetzung des Projekts konsultiert und informiert werden und ohne Druck zustimmen müssen. Andere Organisationen wie Independent Lenca Indigenous Movement of La Paz (MILPAH) hinterfragen den Bau von weiteren Wasserkraftwerken in Intibucá und La Paz und argumentieren, dass die Lenca-Gemeinden nicht rechtmäßig konsultiert worden seien.



*Sitz der Indigenenorganisation  
COPINH*

© Anais Taracena/Amnesty

Aufgrund ihres Einsatzes für die Rechte indigener Gemeinden und gegen die rücksichtslose Ausbeutung von Bodenschätzen werden COPINH und MILPAH seit vielen Jahren immer wieder bedroht, tätlich angegriffen und schikaniert. Es wird versucht, ihre Arbeit zu kriminalisieren. Seit der Ermordung von Berta Cáceres sind weitere Mitglieder von COPINH und MILPAH bedroht, überwacht, schikaniert, tätlich angegriffen und sogar ermordet worden.

**Schreiben Sie bitte höflich formulierte Briefe** an den Staatspräsidenten von Honduras und fordern Sie ihn auf, die Verantwortlichen für den Tod von Berta Cáceres zu ermitteln und vor Gericht zu stellen und sich deutlich für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger\_innen einzusetzen. Bitten Sie ihn, für den Schutz aller COPINH- und MILPAH-Mitglieder gemäß ihrer Wünsche zu sorgen und damit die Forderungen der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte nach Schutzmaßnahmen zu erfüllen. Fordern Sie ihn auf, die legitime Arbeit von COPINH, MILPAH und allen anderen Landrechts- und Umweltschutzorganisationen in Honduras sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene öffentlich anzuerkennen.

**Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch an:**

Präsident  
Sr. Presidente Juan Orlando Hernández  
Casa Presidencial  
Bulevar Juan Pablo II  
Tegucigalpa  
HONDURAS

**Senden Sie bitte eine Kopie an:**

Botschaft der Republik Honduras  
S. E. Herrn Ramón Custodio Espinoza  
Cuxhavener Straße 14  
10555 Berlin

*Fax: 030 – 39 74 97 12*

*E-Mail: [informacion.embahonduras.de@gmail.com](mailto:informacion.embahonduras.de@gmail.com)*

*(Standardbrief: 0,70 €)*

*Anrede: Dear President / Estimado Señor Presidente /*

*Sehr geehrter Herr Präsident*

*Fax: 00 504 – 22 21 45 70*

*E-Mail: [info@presidencia.gob.hn](mailto:info@presidencia.gob.hn) (cc: [murquia@presidencia.gob.hn](mailto:murquia@presidencia.gob.hn))*

*Twitter: @JuanOrlandoH, @Presidencia\_HN*

*(Standardbrief Luftpost bis 20g: 0,90 €)*

**Briefvorschlag:**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
mit großer Bestürzung habe ich von der Ermordung der Leiterin der Indigenenorganisation Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras (COPINH) **Berta Cáceres** erfahren. Cáceres und COPINH hatten sich gegen den Bau eines Wasserkraftwerkes auf dem Land der indigenen Gemeinschaft der Lenca eingesetzt und gefordert, dass deren Zustimmung für Bauprojekte eingeholt werden muss. Organisationen wie COPINH oder die Independent Lenca Indigenous Movement of La Paz (MILPAH), die ebenfalls den Bau von Wasserkraftwerken auf ihrem Land in Frage stellt, werden seit Jahren aufgrund ihres Einsatzes für die Rechte indigener Gemeinden bedroht und angegriffen.

Ich appelliere an Sie, die Ermordung Berta Cáceres lückenlos aufzuklären und die dafür Verantwortlichen vor Gericht zu stellen. Setzen Sie sich bitte mit Nachdruck für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern ein. Bitte kommen Sie außerdem den Forderungen der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte nach, indem Sie für den Schutz aller COPINH- und MILPAH-Mitglieder sorgen und die legitime Arbeit aller Landrechts- und Umweltschutzorganisationen in Honduras öffentlich anerkennen.

Mit freundlichen Grüßen